



Beteiligung der Schweiz an der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), Rio de Janeiro, 3. - 14. Juni 1992

Aufgrund des Antrages des EDA, des EDI und des EVD vom 14. Mai 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz nimmt an der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung teil.
2. Die Schweizer Delegation hält sich an die Richtlinien gemäss Ziffer III des Antrages.
3. Die Schweizer Delegation deckt sowohl die politischen wie auch die negotiatorischen Aufgaben ab. Sie ist ausgehend vom Aussprachepapier des EDA vom 8. Mai 1992 betreffend "Représentation du Conseil Fédéral et composition de la délégation suisse à la Conférence des Nations Unies sur l'Environnement et le Développement (CNUED), Rio de Janeiro, 3 - 14 juin 1992" folgendermassen zusammengesetzt:

Politischer Teil (die nachfolgenden Personen sind zum grossen Teil nicht während der ganzen Konferenzdauer anwesend):

- Bundesrat Flavio Cotti, Delegationschef
- Staatssekretär Franz Blankart, Direktor BAWI, Stv. des Delegationschefs *)
- Botschafter Fritz Staehelin, Direktor DEH, Stv. des Delegationschefs
- Philippe Roch, Direktor BUWAL, Stv. des Delegationschefs
- Bruno Böhlen, wissenschaftl. Berater, ehem. Direktor BUWAL
- Botschafter Nicolas Imboden, Delegierter für Handelsverträge, BAWI *)

- Jean-François Giovannini, Stv. Direktor DEH (Leitung der Verhandlungsdelegation, Finanzierung inkl. Mechanismen)
- Wilhelm Schmid, Vizedirektor BUWAL
sowie aus Brasilien:
- Frau Botschafterin Catherine Krieg, Botschaft Brasilia

*) nur alternierend anwesend



- Generalkonsul Rudolf Hilber, Generalkonsulat Rio de Janeiro
- Kurt Kunz, Botschaft Brasilia
- Jean-Pierre Ballaman, Generalkonsulat Rio de Janeiro

Zudem kann ein Staatsrat des Kantons Genf Einsitz in die Delegation nehmen, um dem Delegationschef bzw. seinen Stellvertretern in Fragen des "Genève internationale" zur Seite zu stehen.

Verhandlungsteil (die nachfolgenden Personen sind während der ganzen Konferenzdauer anwesend; die Zuweisung der Themenbereiche erfolgt ohne Präjudiz für die verwaltungsinternen Federführungen und kann vom Delegationschef oder vom Leiter der Verhandlungsdelegation abgeändert werden):

- Claude-Georges Ducret, DIO (UNCED-Koordinator, Institutionelles)
- Christian Häberli, BAWI (internationale Wirtschaft, Technologietransfer)
- Stephan Husy, DIO (Erklärung von Rio, Rechtsinstrumente und -mechanismen)
- Olivier Chave, DEH (Armut, Konsummuster, Bevölkerungsdynamik)
- Monika Linn Locher, BUWAL (Atmosphäre, Ozeane und Gewässer, Rechtsinstr.)
- Raymond Cléménçon, BUWAL (umweltrelevante Aspekte der internat. Wirtschaft, multilat. Umweltfonds)
- Christian Pauletto, BAWI (Atmosphäre, Normenharmonisierung)

Zur Unterstützung der Delegation in Organisations- und Sekretariatsbelangen sind folgende Personen aus Bern und Brasilia vorgesehen:

- Gabriela Eigensatz, DIO
- Jacqueline Joray, Botschaft Brasilia
- Marco Cameroni, EDA, Informationsverantwortlicher während der ganzen Dauer

4. Folgende Vertreter bzw. Vertreterin von Nichtregierungsorganisationen können in der Delegation Einsitz nehmen:

- Anne Bichsel, Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas
- Christoph Juen, Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein (Vorort); Vertreter Wirtschaft
- Prof. Bruno Messerli, Universität Bern; Vertreter Wissenschaft
- René Longet, Vertreter Schweizerische Umweltorganisationen
- Michael Kohn, Energieexperte

Diese Delegierten unterstehen der Instruktionsgewalt des Delegationschefs bzw. seiner Stellvertreter.

5. Zur Begleichung von Repräsentationskosten steht der Delegation unter der Verantwortung des Delegationschefs bzw. seiner Stellvertreter ein Betrag von Fr. 6'000.- zu Lasten der Rubrik 201-3190.009 "Uebrige Sachausgaben" zur Verfügung.
6. Das Taggeld der Delegationsmitglieder wird gemäss Weisungen vom 4. 9. 1992 des Eidgenössischen Personalamtes festgelegt. Diese Ausgaben sowie die Reisekosten gehen für die Delegierten der Bundesverwaltung zu Lasten der Rubrik "Spesenentschädigungen" der jeweiligen Aemter. Für die nicht der Bundesverwaltung angehörenden Delegierten werden sie der Rubrik 103-3160.002 "Vom Bundesrat bestellte Abordnungen" belastet.
7. Der Delegationschef und seine Stellvertreter sind ermächtigt, die Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, die Agenda 21 und allfällige weitere Dokumente zu unterzeichnen.
8. Die Bundeskanzlei stellt die aufgrund der Ziffern 3, 4. und 7. benötigten Vollmachtenurkunden aus.
9. Drei bis Ende Juli 1992 befristete Etat-Stellen, von denen zwei dem EDA und eine dem EDI für die UNCED-Vorbereitung aus dem Stellenkontingent des Bundesrates zugeteilt worden sind, werden bis am 31. Dezember 1992 verlängert.

Für getreuen Protokollauszug:

Musael Muntwa

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
X		EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
	X	EMD	5	-
	X	EFD	7	-
X		EVD	5	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
 EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Bern, 14. Mai 1992

An den Bundesrat

Beteiligung der Schweiz an der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), Rio de Janeiro, 3. - 14. Juni 1992

Zusammenfassung

Zwanzig Jahre nach der ersten, weltweiten Umweltkonferenz von Stockholm findet vom 3. - 14. Juni dieses Jahres die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro statt. Die letzten zwei Tage bilden das eigentliche Gipfeltreffen, an dem die Staats- und Regierungschefs der ganzen Welt die Konferenzergebnisse - erwartet werden eine Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, ein Aktionsprogramm Agenda 21, Prinzipien für ein Waldübereinkommen sowie zwei Konventionen über Klimaveränderungen und über die biologische Vielfalt - absegnen und allenfalls unterzeichnen sollen.

Ein allen Staaten offenstehendes Vorbereitungs Komitee (PrepCom) hat die UNCED-Beschlüsse erarbeitet. Die eigentlichen Verhandlungen sind in der vierten und letzten Session im vergangenen März/April geführt worden, ohne jedoch in allen Punkten einen Konsens zu erzielen. Sie müssen daher in Rio de Janeiro fortgeführt werden.

Die Verhandlungen der beiden obenerwähnten Konventionen sind separaten Vorbereitungsprozessen anvertraut worden. Die Vertragstexte bilden nicht Gegenstand des vorliegenden Antrags.

Die im Bundesratsbeschluss vom 26. Februar 1992 definierte Schweizer Haltung für die 4. PrepCom-Session hat auch für die verbleibenden Verhandlungen in Rio de Janeiro ihre Gültigkeit. Für einige spezifische Punkten sind unter Ziffer III weitere Instruktionen enthalten. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Frage der Finanzierung der Agenda 21. Nach vorliegenden Informationen scheint es möglich, dass sich die OECD-Staaten zusätzlich zur bisherigen Entwicklungshilfe zu einem Betrag in der Grössenordnung von 5 Milliarden US-Dollar pro Jahr verpflichten. Die Schweizer Delegation soll einen angemessenen Beitrag von ungefähr 1,7 - 2% an diese Anstrengung zusagen können. Dies würde bedeuten, dass die Schweiz ihre Hilfe im Verhältnis zum aktuellen jährlichen Umfang um ungefähr 130 - 150 Millionen Franken zu erhöhen hätte, was im Rahmen des Finanzplans mit Ausnahme des

Jahres 1994 möglich wäre. Voraussetzung wäre allerdings, dass bei einem negativen Ausgang der Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 über den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen die dafür eingesetzten Beträge, die eine Erhöhung der schweizerischen öffentlichen Entwicklungshilfe bedeuten, aufrechterhalten würden.

Die Zusammensetzung und der Umfang der Delegation sind durch die Bedeutung, welche die Schweiz der UNCED beimisst, durch die Multidisziplinarität der Materie sowie den Ablauf der Konferenz, die gleichzeitig auf einer politischen und auf einer negotiatorischen Ebene stattfindet, bedingt. Angesichts der speziellen Umstände erscheint es angebracht, ausgewählte Personen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Wirtschaft und Wissenschaft in die Delegation aufzunehmen. Zudem soll auch ein Genfer Staatsrat Einsitz nehmen können, um dem Delegationschef bzw. seinen Stellvertretern in Fragen des "Genève internationale" zur Seite zu stehen.

Erst nach Vorliegen der UNCED-Ergebnisse wird es möglich sein, die in der Schweiz anfallenden Folgearbeiten abzuschätzen und in der Verwaltung die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Als vorsorgliche Massnahme sollen jedoch schon jetzt drei der sechs bis Ende Juli 1992 befristeten UNCED-Posten bis am 31. Dezember 1992 verlängert werden.

I. Einleitung und Vorgeschichte

Die UNCED wird vom 3. - 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro stattfinden. Erwartet werden einige tausend Delegierte - angeführt von Staats- und Regierungschefs der ganzen Welt -, eine noch grössere Zahl von Vertretern von Nichtregierungsorganisationen sowie eine massive Medienpräsenz. Die Thematik der Konferenz ist äusserst vielfältig und komplex, was sich nicht zuletzt an den Dokumenten, die verabschiedet werden sollen, erkennen lässt: eine Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, ein mehrere hundert Seiten umfassendes, Agenda 21 genanntes Aktionsprogramm für den Uebergang ins nächste Jahrtausend, Prinzipien für ein Waldübereinkommen sowie zwei Konventionen über Klimaveränderungen und über die biologische Vielfalt. Die Erwartungen, die in den "Erdgipfel" gesetzt werden, sind entsprechend hoch.

Vorbereitet worden ist die Konferenz von einem Vorbereitungskomitee (PrepCom), das in den letzten zwei Jahren vier mehrwöchige Sessionen durchgeführt hat, an denen sich auch die Schweiz als Mitglied mit vollen Rechten aktiv beteiligt hat. Die eigentlichen Verhandlungen sind in der letzten Session, die vom 2. März - 3. April in New York stattgefunden hat, geführt worden, ohne jedoch in allen Punkten einen Konsens zu erzielen. Sie werden daher - entgegen der ursprünglichen Absicht - in Rio de Janeiro fortgesetzt werden. Betroffen sind insbesondere die Erklärung über Umwelt und Entwicklung, die Waldprinzipien, die Finanzierungsfrage sowie einige weitere Passagen der Agenda 21.

Die Ausarbeitung der beiden Konventionen über Klimaveränderungen und über die biologische Vielfalt ist nicht dem PrepCom, sondern separaten Prozessen anvertraut worden. Im Verlaufe des Monats Mai soll je eine weitere Verhandlungsrunde stattfinden, um die Vertragswerke zur Unterschriftsreife zu bringen. Die einschlägigen Schweizer Positionen werden in speziellen Bundesratsanträgen geregelt und sind nicht Gegenstand des vorliegenden Antrages.

II. Programm der UNCED

Die UNCED ist aufgrund des islamischen Festes Aïd-al-Adha um zwei Tage auf den 3. - 14. Juni 1992 verschoben worden. Für den 1. und 2. Juni sind Vorkonsultationen vorgesehen, die grundsätzlich prozeduralen und organisatorischen Fragen gewidmet sind, angesichts der noch strittigen Materien aber auch eine willkommene Gelegenheit für informelle Sondierungen und Absprachen bieten dürften.

Die Generaldebatte findet vom 3. - 12. Juni statt. Parallel dazu tagt das Hauptkomitee, das die substantiellen Fragen zu behandeln und dem Plenum bis spätestens am 10. Juni Bericht zu erstatten hat. Zur Bewältigung seiner Arbeit kann es Unterausschüsse oder Arbeitsgruppen einsetzen, was aufgrund des Verhandlungsbedarfs wahrscheinlich ist. Am 5. Juni wird in einem speziellen Anlass der zwanzigste Jahrestag der Eröffnung der Konferenz von Stockholm gefeiert. Das eigentliche Gipfeltreffen unter dem Vorsitz des brasilianischen Präsidenten Collor de Mello ist auf den 13. Juni angesetzt, für den 14. Juni ist die Unterzeichnungszeremonie vorgesehen. Dabei steht allerdings noch nicht fest, ob überhaupt und gegebenenfalls welche Dokumente unterzeichnet werden sollen.

III. Richtlinien für die Schweizer Delegation

Der Bundesrat hat im Hinblick auf die 4. PrepCom-Session mit Beschluss vom 26. Februar 1992 seine Haltung zu den wichtigsten UNCED-Themen mit Ausnahme der Konventionen über Klimaveränderungen und über die biologische Vielfalt festgelegt. Die in den Ziffern 2.1. und 2.2. des entsprechenden Antrages enthaltenen Richtlinien sind weiterhin massgebend.

Die Verhandlungen in New York haben erlaubt, diejenigen Bereiche der UNCED-Thematik herauszuschälen, in denen ein Konsens am schwierigsten zu erreichen ist oder die von einer Seite als besonders geeignet für einen Tauschhandel betrachtet werden. Die schweizerischen Positionen zu diesen Fragen sind - soweit sie nicht schon in den erwähnten Richtlinien enthalten sind - die folgenden:

A. Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung (Erdcharta)

Die letzte PrepCom-Session hat deutlich werden lassen, dass eine geradlinige, kohärente und inspirierende Erdcharta, die zukunftsweisend für das Verhältnis der Menschen untereinander und zur Natur wäre, zur Zeit politisch nicht machbar ist. Der vorliegende Entwurf der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung (siehe Beilage), der die Basis für die weiteren Verhandlungen an der UNCED bildet, weist denn auch die Spuren von hart erkämpften Kompromissen mit all den damit verbundenen Ungereimtheiten und Rückzügen auf schon bestehende Texte auf. Im Verhältnis zur Erklärung von Stockholm ist, was die philosophische Ebene anbelangt, eine Gewichtsverlagerung von der Umwelt zur Entwicklung festzustellen. Diese Tendenz wird allerdings durch die Aufnahme von Prinzipien kompensiert, die zwar eher technischer Art sind, in ihren praktischen Auswirkungen dem Umweltschutz aber allenfalls dienlicher sein können als allgemeine Zielsetzungen. Es handelt sich dabei um das Vorsorgeprinzip, die Internalisierung von Umweltkosten, das "Polluter-pays"-Prinzip, Haftungsnormen, die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Notifikation, Information und Konsultation bei grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen, die Beteiligung der Bürger/innen an umweltrelevanten Entscheiden und der Zugang zu behördlichen Informationen sowie gerichtlichen und administrativen Verfahren.

Die Schweizer Delegation wird sich auf einige zentrale Anliegen konzentrieren und sich für folgende Anliegen einsetzen:

- Beibehaltung des Titels "Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung".
Der Titel "Erdcharta" würde falsche Vorstellungen wecken und sollte für einen späteren Zeitpunkt aufgespart werden. Der vorliegende Entwurf gleicht zudem betreffend Anzahl der Prinzipien und deren Umfang in erstaunlichem Mass dem Grundsatzdokument der Konferenz von Stockholm, das ebenfalls als Erklärung verabschiedet worden ist.
- Einschränkung der nationalen Souveränität zur Ausbeutung der Ressourcen.
Im Prinzip 2 des vorliegenden Entwurfs wird die nationale Souveränität über Ressourcen im Vergleich zum Prinzip 21 der Stockholmer Erklärung, das Gewohnheitsrecht geworden ist, ausgedehnt: die Ausbeutung soll nicht mehr nur in Übereinstimmung mit der Umweltpolitik, sondern auch gemäss der Entwicklungspolitik möglich sein. Damit wird die Auflage der Umweltpolitik, die mangels Konkretisierung von vornherein nie sehr griffig gewesen ist, weiter abgeschwächt, was den aktuellen, globalen Umweltproblemen nicht angepasst ist. Um dies zu verhindern, sollte die ursprüngliche Fassung des Prinzips 21 der Stockholmer Erklärung beibehalten oder zumindest festgehalten werden, dass die Ausbeutung von Ressourcen nur im Rahmen einer Politik der dauerhaften Entwicklung geschehen soll. Es wäre zudem angebracht, wenn das Prinzip der nationalen Souveränität seinen Platz nach dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung - zur Zeit Ziffer 7 - finden würde.
- Einführung des Begriffs der Tragfähigkeit des globalen Oekosystems
Der vorliegende Entwurf bezieht sich zwar immer wieder auf die dauerhafte Entwicklung, definiert diesen Begriff aber an keiner Stelle. Insbesondere fehlt ein Hinweis darauf, dass die Naturgüter beschränkt sind und daher physisches Wachstum nicht grenzenlos sein kann. Die Tragfähigkeit der Oekosysteme bildet eine der Grenzen, jenseits derjenigen die Nachhaltigkeit der Entwicklung nicht mehr gewährleistet ist. Es wäre daher angebracht, wenn der Grundsatz der Beachtung der Tragfähigkeit des globalen Oekosystems in die Erklärung aufgenommen werden könnte, allenfalls in der Präambel oder im Prinzip 4 über Integration von Umwelt und Entwicklung.

Sollte die Schweizer Delegation mit ihren Anliegen nicht durchdringen, so könnte die Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung trotzdem angenommen und gegebenenfalls unterzeichnet werden. Dabei ist zu beachten, dass der Text keinen rechtlich verbindlichen Charakter aufweist.

B. Agenda 21

1. Internationale Wirtschaft

Dass in diesem Bereich wenig Differenzen bestehen, ist vor allem auf die reichliche Verwendung von Zitaten aus der Schlussakte der UNCTAD VIII zurückzuführen. Es gilt, diesen "acquis" zu erhalten. Zu den wichtigsten noch offenen Punkten wird sich die Schweizer Delegation wie folgt verhalten:

- Die Schweiz begrüsst neue Impulse durch die UNCED zum Thema internationale Wirtschaft und Umwelt, sowohl was die Auswirkungen von umweltpolitischen Massnahmen

auf die internationale Wirtschaft als auch von handelspolitischen Massnahmen auf die Umwelt anbelangt. Eine indirekte Referenz zu den "Handel/Umwelt"-Arbeiten im GATT wird unterstützt, wobei Mandatsänderungen der betreffenden Arbeitsgruppe den GATT-Vertragsparteien vorbehalten bleiben.

- Zur Frage der Umweltsubventionen gilt die OECD-Sprachregelung, die namentlich Beiträge zur Förderung des Umstellungsprozesses und besonders zu entwicklungs- und umweltfreundlichen Technologien vorsieht.
- Die Schweiz kann Vorstösse unterstützen, die dahin zielen, die Industrieländer zu Handlungen anzuhalten, sofern die Entwicklungsländer in angepasste, entsprechende Gegenleistungen eingebunden werden.

2. Dynamiques démographiques

Si la négociation de ce chapitre de l'Agenda 21 à New York s'est révélée généralement satisfaisante, la question fondamentale de l'accès aux services de planning familial reste ouverte. Certains pays en développement tentent en effet de limiter la portée de ce programme.

A Rio de Janeiro la délégation suisse cherchera à obtenir qu'il soit fait mention dans des termes clairs et acceptables pour tous:

- à la nécessité de la mise en place de programmes et services de planning familial;
- à la nécessité que ces services soient accessibles à tous, y compris aux femmes célibataires;
- à la nécessité que la décision de recourir à la contraception soit prise par les individus concernés, sans contrainte.

3. Atmosphäre

Die Paragraphen über ökonomische Instrumente und über die Festsetzung von Emissionsstandards im Kapitel "Energie" bezeichnen wichtige Elemente für eine umweltgerechtere Energiepolitik. Die Schweizer Delegation wird sich daher für deren Beibehaltung einsetzen.

Nicht akzeptabel ist, dass der Text in einigen Passagen zu undifferenziert auf ein quantitatives Wachstum der Energieversorgung ausgerichtet ist. Das Gewicht sollte vielmehr auf die Entwicklung umweltverträglicher Energiequellen und auf eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors gelegt werden.

4. Wald

Für die Schweiz bildet ein formeller Beschluss zur Aufnahme von Verhandlungen über eine Waldkonvention nach wie vor ein in Rio de Janeiro zu erreichendes Minimalziel. Idealerweise sollten darüber hinaus auch die wichtigsten Inhaltspunkte wenigstens als Prinzipien oder Zielsetzung festgehalten werden können. Realistischerweise muss versucht werden, mindestens eine Liste der in diesen Verhandlungen zu erörternden Themen zu verabschieden.

5. Landwirtschaft

Angesichts des ungelösten Armuts- und Hungerproblems in den Entwicklungsländern und des sich zuspitzenden Spannungsverhältnisses zwischen begrenzten Ressourcen einerseits und Bevölkerungswachstum andererseits ist die Herausforderung einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Entwicklung von besonderer Bedeutung, spricht sie doch gleichzeitig die Umwelt- wie die Entwicklungsproblematik an.

Die Schweiz hat an der 4. PrepCom-Session erreicht, dass im Landwirtschaftskapitel der Agenda 21 die Multifunktionalität der Landwirtschaft verankert und anerkannt worden ist. Diesen Stand gilt es in Rio de Janeiro zu verteidigen.

6. Désertification

Lors de la quatrième session du PrepCom, la Suisse a accueilli favorablement la proposition des pays africains visant à établir les bases d'une Convention cadre pour la protection des régions soumises à la dégradation des sols. Certains pays, dont les USA, se sont opposés à cette idée, qui devra donc être rediscutée à Rio de Janeiro.

La délégation suisse acceptera en conséquence que ce projet de Convention soit inscrit dans l'Agenda 21, en se fondant essentiellement sur le principe qu'un tel instrument juridique favoriserait grandement la concertation entre les différents pays et organisations actifs dans la lutte contre la dégradation des sols, ainsi que l'harmonisation et la rationalisation des politiques dans ce domaine.

7. Ozeane

Die Schweiz hat keine Einwände gegen die Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO, die sich speziell der Fischbestände, die sich sowohl innerhalb der 200-Meilen-Zone als auch auf hoher See aufhalten ("straddling and highly migratory fish stocks"), annimmt.

8. Giftige Chemikalien

Die in New York gefundene Kompromissformel, die ein rechtlich verbindliches Instrument zum PIC-Verfahren ("prior informed consent") langfristig in Erwägung zieht, ist für die Schweiz akzeptabel. Falls diese Frage in Rio de Janeiro nochmals verhandelt werden sollte, wird die Delegation jedoch in Berücksichtigung der Position der EG, die gerade eine Richtlinie mit einer rechtlich verbindlichen Regelung erlassen hat, eine flexiblere Haltung einnehmen.

9. Gefährliche Abfälle

Als nicht akzeptabel und in der Praxis so nicht durchführbar erscheint die Formulierung, welche die Rechte und Verpflichtungen multinationaler Unternehmen zum Gegenstand künftiger Umweltgesetzgebung machen will.

10. Technologietransfer

An der 4. PrepCom-Session wurde der Wechsel vom "Technologietransfer" zur "Technologie-Kooperation" verpasst. Es verbleiben zahlreiche Differenzen, die jedoch teilweise auf eine überholte und unglückliche Gruppendynamik und auf den Mangel konkreter Zusagen der Industrieländer im Finanzierungsbereich zurückzuführen sind. Klar abzulehnen sind Bestrebungen nach staatlich verordneten Zugangsgarantien und Transfermechanismen ohne Einwilligung der direkt betroffenen Partner. Von der Schweiz akzeptiert werden "günstige finanzielle Bedingungen", solange diese Vergünstigungen klar erkennbar aus staatlichen Mitteln stammen und keine unerlaubten Handelsverzerrungen bewirken.

Die Bestimmungen über den Schutz des geistigen Eigentums sollten in dem Sinne verbessert werden, als deren positiver Beitrag zum Technologietransfer anerkannt wird. Nicht akzeptiert werden Forderungen zur Relativierung dieses Schutzes, die über die in den vorläufigen Ergebnissen im GATT und in der Pariser Konvention anerkannten Ausnahmen hinausgehen.

Im Bereich der Patentierbarkeit lebender Materie (Biotechnologie) stützt sich die Schweiz auf die vorläufigen Ergebnisse der Verhandlungen zum geistigen Eigentum im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT sowie auf die Grundsätze des "Engagement international sur les ressources phytogénétiques" der FAO. Diese belassen den Staaten hinreichende Spielräume zur Regelung dieser national und international stark umstrittenen Materie.

11. Institutions

Les textes négociés lors de la quatrième session du PrepCom contiennent encore quelques passages non agréés sur les points importants.

L'un d'eux concerne l'instrument chargé du suivi de la Conférence de Rio. Il est prévu alternativement la constitution d'une "Commission à haut niveau sur le Développement Durable" qui serait directement subordonnée à l'Assemblée générale des Nations Unies ou le renforcement de l'ECOSOC par la création d'un troisième comité de session.

La délégation suisse se prononcera en faveur de la constitution d'une Commission à haut niveau sur le Développement Durable et plaidera en faveur d'une pleine participation des Etats membres de l'ONU et des Agences spécialisées. Cette formule permettrait à la Suisse de participer aux travaux au même titre que les pays membres des Nations Unies. Une solution comparable serait difficile à obtenir par la création d'un comité de session de l'ECOSOC. Si, néanmoins, cette formule est préférée, la délégation suisse tentera de faire admettre la même formule.

Un autre passage traite des relations entre la fonction politique de supervision de l'Assemblée générale et la mise en oeuvre des conventions en matière d'environnement.

La délégation suisse se prononcera en faveur de l'indépendance des mécanismes de mise en oeuvre des conventions vis-à-vis de l'Assemblée générale.

Un autre passage concerne la nécessité de regrouper dans un même lieu géographique les secrétariats des conventions en matière d'environnement.

La délégation suisse défendra un tel regroupement qui milite en faveur du rôle de Genève en tant que "capitale internationale de l'environnement".

Finalement, un chapitre sur le traitement des questions légales a été supprimé. Il n'en reste que le titre. Il était initialement prévu de couvrir sous ce titre les mécanismes de résolution pacifique des différends.

La délégation suisse se prononcera en faveur de la réinsertion du texte supprimé, sans toutefois en faire un obstacle à l'obtention d'un consensus.

12. Internationale Rechtsinstrumente und -mechanismen

Ein zentraler Streitpunkt ist, ob in das Kapitel über die Beilegung von Streitigkeiten auch der Begriff der Verhinderung aufgenommen werden soll. Die Entwicklungsländer sträuben sich dagegen, da sie in den damit verbundenen Mitteln wie Informationsaustausch, Notifikation, Konsultation und Sachverhaltsabklärung primär eine Gefahr für ihre nationale Souveränität sehen. Die Schweiz wird sich für die Aufnahme der Prävention einsetzen. Selbst wenn - was bei weitem nicht immer der Fall ist - Mechanismen zur friedlichen Streitbeilegung zur Verfügung stehen, ist es vorzuziehen, Streitigkeiten gar nicht entstehen zu lassen.

Umstritten ist im weiteren, für welche Sachbereiche ein Aufbau oder eine Weiterentwicklung von internationalem Recht besonders wünschbar ist. Die EG hat vorgeschlagen, dass die Verhinderung von vorsätzlichen, grossangelegten Umwelterstörungen sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten und die nukleare Sicherheit spezielle Erwähnung fänden. Dies ist von Seiten der Entwicklungsländer und der USA auf Widerstand gestossen, der sich namentlich auf die Umweltverbrechen in Friedenszeiten bezog. Die Schweiz kann die vorsichtig formulierten Vorschläge der EG unterstützen.

C. Contribution financière de la Suisse à la mise en oeuvre de l'Agenda 21

Les questions financières ont constitué une des parties les plus difficiles des négociations au cours des sessions du PrepCom. Les pays en développement font valoir qu'ils sont hors d'état de financer eux-mêmes toutes les mesures qu'ils devraient prendre pour lutter contre la dégradation de l'environnement et opérer la transition vers un modèle de développement durable, telles qu'elles sont prévues dans l'Agenda 21, cela d'autant plus qu'ils n'ont même pas assez de ressources pour maintenir leur développement et améliorer les conditions de vie très insuffisantes de leurs populations.

Tous les pays de l'OCDE se sont montrés d'accord de fournir des ressources supplémentaires d'aide dans ce but. A ce jour, il n'est pas encore possible de savoir quels engagements précis seront pris à Rio de Janeiro par les autres pays industrialisés. Selon les renseignements que nous avons obtenus, il est possible que ces pays s'engagent à une assistance supplémentaire de l'ordre de 5 milliards de dollars par an. Si la Suisse veut faire une part acceptable de cet effort (1,7 à 2 % du total), il faudrait qu'elle accroisse son aide d'environ 130 à 150 millions de francs par rapport au niveau actuel.

Un tel effort supplémentaire correspond aux intentions déclarées du Conseil fédéral de porter l'aide publique de la Suisse au niveau de 0,40 % du PNB jusque dans la seconde moitié des années 90 (message du 15.5.1991 sur l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods) et peut être réalisé pour autant que ces intentions soient maintenues même en cas d'échec lors de la votation du 17.5.1992. Selon le plan financier actuel, après coupure de 10 % dans le cadre des mesures d'assainissement des finances de la Confédération, les montants inscrits suffisent pour accepter un tel engagement, sauf en 1994, année pour laquelle l'aide prévue est sensiblement inférieure au niveau de 1993.

En conséquence, la délégation suisse acceptera le principe d'un engagement nouveau et supplémentaire pour la mise en oeuvre de l'Agenda 21, rappellera l'intention du Conseil fédéral d'atteindre si possible un volume d'aide de 0,40 % du PNB d'ici à la fin de la décennie et acceptera pour la Suisse une participation de l'ordre de 1,7 à 2 % à l'aide supplémentaire consentie par les pays industrialisés.

Le mécanisme financier de l'allocation des ressources concessionnelles pour l'Agenda 21 doit reposer sur un concept clair, adapté aux réalités du développement et à la répartition institutionnelle des tâches. Tous les pays et tous les projets qui nécessitent une assistance extérieure concessionnelle doivent en principe être éligibles.

Les problèmes environnementaux régionaux, nationaux et locaux doivent être couverts par les instruments existants. La Suisse est favorable à l'idée d'une coordination des fonds mis à disposition des pays bénéficiaires par la création d'un "Earth Supplement" dans le cadre de l'Association internationale de développement (AID 10). Le financement externe des projets concernant des problèmes de nature essentiellement globale est directement ou indirectement - dans le cadre de conventions environnementales multilatérales - du ressort du Fonds global pour l'environnement (GEF).

D. "Genève internationale"

Die Genferseeregion beherbergt bereits eine Reihe von internationalen Institutionen, die im Umweltbereich tätig sind. Es ist der erklärte Wille sowohl des Bundesrats wie auch des Genfer Staatsrats, Genf als internationales Umweltzentrum weiter auszubauen und die hierfür nötigen Mittel bereitzustellen. Diese Bereitschaft, die während der 4. PrepCom-Session mit Bezug auf eine allfällige Verlängerung des UNCED-Sekretariates und die Einrichtung von Sekretariaten unter den beiden Konventionen über Klimaveränderungen und über die biologische Vielfalt international kundgetan worden ist, wird die Schweiz auch in Rio de Janeiro unterstreichen.

IV. Delegation, Vollmachten

1. Zusammensetzung

Die Konferenz von Rio de Janeiro wird auf zwei Ebenen stattfinden: Die erste ist die politische Ebene, auf der sich die Staats- und Regierungspräsidenten, die Minister und Spitzenbeamten treffen und der Welt mit ihrem persönlichen Engagement die Bedeutung der UNCED für die Zukunft unseres Planeten vor Augen führen. Die zweite ist die Verhandlungsebene, auf der die Regierungsvertreter die Bereiche, in denen noch kein Konsens gefunden worden ist, zu bereinigen versuchen. Die dabei erzielten Resultate werden

an die erste Ebene übermittelt, um von der dort herrschenden Dynamik erfasst, allenfalls abgeändert und mit höchster Autorität verabschiedet zu werden.

Dieser Konferenzcharakter bedingt, dass die Schweizer Delegation aus zwei sich ergänzenden Komponenten besteht. Die politische Präsenz ist dabei am Anfang und am Schluss der UNCED am vordringlichsten, dazwischen bestehen interessante Kontaktmöglichkeiten auf höchster Ebene. Die Unterhändler müssen während der ganzen Zeitdauer - inklusive Vorkonsultationen - die Verhandlungen verfolgen. Dabei ist eine genügend grosse Anzahl vorzusehen, um wenigstens diejenigen Bereiche abdecken zu können, die für die Schweiz von zentraler Bedeutung sind.

Da die Rolle der Schweiz als Gaststaat internationaler Institutionen im Umweltbereich direkte Auswirkungen auf die Genferseeregion und im besonderen den Kanton Genf hat, soll einem Genfer Staatsrat die Möglichkeit geboten werden, in der Delegation Einsitz zu nehmen und dem Delegationschef bzw. seinen Stellvertretern in Fragen des "Genève internationale" zur Seite zu stehen.

Die im Beschlussdispositiv enthaltene Delegation ist der Wichtigkeit der UNCED angemessen und trägt der Multidisziplinarität der Materie Rechnung. Anzahlmässig wird sie im Vergleich mit den anderen westlichen Industriestaaten bescheiden sein.

2. Aufnahme von Vertretern/innen von Nichtregierungsorganisationen und Experten

Die UNCED-Vorbereitungen sind sowohl auf internationaler Ebene wie auch in den einzelnen Staaten durch einen bisher einzigartigen Einbezug von verwaltungsexternen Kreisen gekennzeichnet gewesen. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass viele Staaten - insbesondere die westlichen Industrienationen - Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen in ihre Delegationen an die PrepCom-Sessionen aufgenommen haben und dies für die Konferenz von Rio de Janeiro noch vermehrt tun werden. Die Schweiz ist dieser Praxis bisher nicht gefolgt, doch führt eine Analyse der speziellen Umstände der UNCED - insbesondere die zu erwartende, die ganze Gesellschaft einbeziehende Dynamik auf längere Frist - zu einem anderen Schluss.

Es soll daher ausgewählten Personen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Wirtschaft und Wissenschaft die Möglichkeit geboten werden, in der Schweizer Delegation Einsitz zu nehmen. Das Taggeld und die Reisekosten werden bei Bedarf vom Bund übernommen. Die vier Personen unterstehen der Instruktionsgewalt des Delegationschefs bzw. seiner Stellvertreter. Diese können insbesondere festlegen, an welchen delegationsinternen und zwischenstaatlichen Anlässen sie teilnehmen und welche Informationen vertraulich zu behandeln sind und nicht weitergegeben werden dürfen. Die betreffenden Personen verpflichten sich schriftlich zur Einhaltung dieser Bedingungen.

In bezug auf die Aufnahme von Experten von ausserhalb der Bundesverwaltung in die Delegation haben sich unter den antragsstellenden Departementen Diskrepanzen ergeben, die nicht haben bereinigt werden können.

3. Repräsentationskredit

Der Delegation stehen Fr. 6'000.- für die Begleichung von Repräsentationskosten zur Verfügung. Dieser Betrag, welcher der Verantwortung des Delegationschefs bzw. seiner Stellvertreter untersteht, wird dem Kredit von Fr. 100'000.- belastet, der für die Deckung der administrativen Kosten der Delegation im Budget des EDA unter Rubrik 201-3190.009 vorhanden ist.

4. Vollmachten

Der Delegationschef und seine Stellvertreter sind ermächtigt, die Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, die Agenda 21 und allfällige weitere Dokumente wie die Waldprinzipien oder eine Schlussakte zu unterzeichnen.

V. Dispositionen für den UNCED-Folgeprozess

Zur Vorbereitung der Konferenz von Rio de Janeiro hat der Bundesrat mit Beschluss vom 30. Januar 1991 einen Koordinationsmechanismus ins Leben gerufen, der zur Zeit ein gutes Dutzend Bundesämter aus allen sieben Departementen umfasst und in regem Kontakt mit interessierten verwaltungsexternen Kreisen steht. Dies entspricht dem von der UNCED verfolgten ganzheitlichen Ansatz. Es wäre wünschenswert, von der geleisteten Aufbauarbeit auch nach der Konferenz profitieren zu können. Die für die Koordination zuständige Direktion für internationale Organisationen wird nach einer Analyse der Beschlüsse von Rio de Janeiro in Zusammenarbeit mit den übrigen betroffenen Bundesstellen Vorschläge für die nötigen organisatorischen Vorkehrungen ausarbeiten.

Nach der UNCED wird es auch möglich sein, den Personalbedarf für die Folgearbeiten zu ermitteln und die entsprechenden Begehren zu stellen. Schon jetzt ist allerdings absehbar, dass eine gebührende Auswertung der Konferenzergebnisse und die Ausarbeitung der erwähnten Massnahmenvorschläge nach dem Wegfall der sechs vom Bundesrat bis Ende Juli 1992 aus seinem Stellenkontingent zugeteilten Etat-Stellen nicht möglich sein wird. Als vorsorgliche Massnahmen sollen daher drei dieser Stellen, von denen zwei von der Direktion für internationale Organisationen und eine vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft gehalten werden, bis am 31. Dezember 1992 verlängert werden.

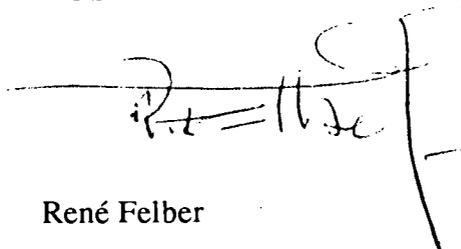
VI. Aemterkonsultation

Das Bundesamt für Justiz, das Bundesamt für geistiges Eigentum, die Eidgenössische Finanzverwaltung, das Bundesamt für Energiewirtschaft und das Bundesamt für Wasserwirtschaft sind konsultiert worden und mit folgenden Ausnahmen mit dem Antrag einverstanden:

Die Eidgenössische Finanzverwaltung hat einen Vorbehalt betreffend den finanziellen Beitrag der Schweiz an die Agenda 21 (Ziff. III. C.) angebracht und wird die Frage eines allfälligen Mitberichtes des EFD prüfen. Das Bundesamt für Energiewirtschaft hat eine gewisse Zurückhaltung in bezug auf das Vorsorgeprinzip im Prinzip 15 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung gezeigt, das zu wenig klar definiert sei.

Aufgrund dieser Erwägungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDG. DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



René Felber

EIDG. DEPARTEMENT
DES INNERN



Flavio Cotti

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Jean-Pascal Delamuraz

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Entwurf der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung

Protokollauszug an:

- EDA 10 Ex.
- EDI 10 Ex.
- EJPD 5 Ex.
- EMD 5 Ex.
- EFD 5 Ex.
- EVD 10 Ex.
- EVED 5 Ex.

Beteiligung der Schweiz an der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung(UNCED), Rio de Janeiro, 3. - 14. Juni 1992

Aufgrund des Antrages des EDA, des EDI und des EVD vom 14. Mai 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz nimmt an der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung teil.
2. Die Schweizer Delegation hält sich an die Richtlinien gemäss Ziffer III des Antrages.
3. Die Schweizer Delegation deckt sowohl die politischen wie auch die negotiatorischen Aufgaben ab. Sie ist unter Vorbehalt der Schlussfolgerungen des Bundesrats zum Aussprachepapier des EDA vom 8. Mai 1992 betreffend "Représentation du Conseil Fédéral et composition de la délégation suisse à la Conférence des Nations Unies sur l'Environnement et le Développement (CNUED), Rio de Janeiro, 3 - 14 juin 1992" folgendermassen zusammengesetzt:

Politischer Teil (die nachfolgenden Personen sind zum grossen Teil nicht während der ganzen Konferenzdauer anwesend):

- Bundesrat Flavio Cotti, Delegationschef
- Staatssekretär Franz Blankart, Direktor BAWI, Stv. des Delegationschefs
- Botschafter Fritz Staehelin, Direktor DEH, Stv. des Delegationschefs
- Philippe Roch, Direktor BUWAL, Stv. des Delegationschefs
- Bruno Böhlen, wissenschaftl. Berater, ehem. Direktor BUWAL
- Botschafter Nicolas Imboden, Delegierter für Handelsverträge, BAWI
- Hans Popp, Stv. Direktor BLW
- Jean-François Giovannini, Stv. Direktor DEH (Leitung der Verhandlungsdelegation, Finanzierung inkl. Mechanismen)
- Wilhelm Schmid, Vizedirektor BUWAL
sowie aus Brasilien:
- Frau Botschafterin Catherine Krieg, Botschaft Brasilia

- Generalkonsul Rudolf Hilber, Generalkonsulat Rio de Janeiro
- Kurt Kunz, Botschaft Brasilia
- Jean-Pierre Ballaman, Generalkonsulat Rio de Janeiro

Zudem kann ein Staatsrat des Kantons Genf Einsitz in die Delegation nehmen, um dem Delegationschef bzw. seinen Stellvertretern in Fragen des "Genève internationale" zur Seite zu stehen.

Verhandlungsteil (die nachfolgenden Personen sind während der ganzen Konferenzdauer anwesend; die Zuweisung der Themenbereiche erfolgt ohne Präjudiz für die verwaltungsinternen Federführungen und kann vom Delegationschef oder vom Leiter der Verhandlungsdelegation abgeändert werden):

- Claude-Georges Ducret, DIO (UNCED-Koordinator, Institutionelles)
- Christian Häberli, BAWI (internationale Wirtschaft, Technologietransfer)
- Stephan Husy, DIO (Erklärung von Rio, Rechtsinstrumente und -mechanismen)
- Olivier Chave, DEH (Armut, Konsummuster, Bevölkerungsdynamik)
- Monika Linn Locher, BUWAL (Atmosphäre, Ozeane und Gewässer, Rechtsinstr.)
- Raymond Cléménçon, BUWAL (umweltrelevante Aspekte der internat. Wirtschaft, multilat. Umweltfonds)
- Pascale Morand Francis, BUWAL (Atmosphäre)
- Robert Lamb, BUWAL (Biodiversität, Biotechnologie, gefährl. Abfälle, giftige Chem.)
- Christian Pauletto, BAWI (Atmosphäre, Normenharmonisierung)
- Bernard Jaggy, BAWI (Biodiversität, Biotechnologie, gefährl. Abfälle, giftige Chem.)
- Igor Marincek, BLW (Landwirtschaft, Wüstenbildung, Wald)

Zur Unterstützung der Delegation in Organisations- und Sekretariatsbelangen sind folgende Personen aus Bern und Brasilia vorgesehen:

- Gabriela Eigensatz, DIO
- Claudia Bruttin, DIO
- Jacqueline Joray, Botschaft Brasilia

4. Folgende Vertreter bzw. Vertreterin von Nichtregierungsorganisationen können in der Delegation Einsitz nehmen:

- Anne Bichsel, Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas
- Christoph Juen, Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein (Vorort); Vertreter Wirtschaft
- Prof. Bruno Messerli, Universität Bern; Vertreter Wissenschaft
- René Longet, Vertreter Schweizerische Umweltorganisationen
- Michael Kohn, Energieexperte

Diese Delegierten unterstehen der Instruktionsgewalt des Delegationschefs bzw. seiner Stellvertreter.

5. Zur Begleichung von Repräsentationskosten steht der Delegation unter der Verantwortung des Delegationschefs bzw. seiner Stellvertreter ein Betrag von Fr. 6'000.- zu Lasten der Rubrik 201-3190.009 "Uebrige Sachausgaben" zur Verfügung.
6. Das Taggeld der Delegationsmitglieder wird gemäss Weisungen vom 4. 9. 1992 des Eidgenössischen Personalamtes festgelegt. Diese Ausgaben sowie die Reisekosten gehen für die Delegierten der Bundesverwaltung zu Lasten der Rubrik "Spesenentschädigungen" der jeweiligen Aemter. Für die nicht der Bundesverwaltung angehörenden Delegierten werden sie der Rubrik 103-3160.002 "Vom Bundesrat bestellte Abordnungen" belastet.
7. Der Delegationschef und seine Stellvertreter sind ermächtigt, die Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, die Agenda 21 und allfällige weitere Dokumente zu unterzeichnen.
8. Die Bundeskanzlei stellt die aufgrund der Ziffern 3, 4. und 7. benötigten Vollmachtenurkunden aus.
9. Drei bis Ende Juli 1992 befristete Etat-Stellen, von denen zwei dem EDA und eine dem EDI für die UNCED-Vorbereitung aus dem Stellenkontingent des Bundesrates zugeteilt worden sind, werden bis am 31. Dezember 1992 verlängert.

Für getreuen Protokollauszug:

A**NATIONS
UNIES****Assemblée générale**Distr.
LIMITEEA/CONF.151/PC/WG.III/L.33/Rev.1
2 avril 1992
FRANCAIS
ORIGINAL : ANGLAISCOMITE PREPARATOIRE DE LA CONFERENCE
DES NATIONS UNIES SUR L'ENVIRONNEMENT
ET LE DEVELOPPEMENTQuatrième session
New York, 2 mars-3 avril 1992
Groupe de travail III
Point 3 de l'ordre du jour

PRINCIPES RELATIFS AUX OBLIGATIONS ET AUX DROITS GENERAUX

Projet de principes proposé par le PrésidentDéclaration de Rio sur l'environnement et le développementPréambuleLa Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement,Réunie à Rio de Janeiro du 3 au 14 juin 1992,Réaffirmant la Déclaration de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement adoptée à Stockholm le 16 juin 1972, et cherchant à en assurer le prolongement,Dans le but d'établir un partenariat mondial sur une base nouvelle et équitable par la création de niveaux de coopération nouveaux entre les Etats, les secteurs clefs de la société et les peuples,Ouvrant en vue d'accords internationaux qui respectent les intérêts de tous et protègent l'intégrité du système mondial de l'environnement et du développement,Reconnaissant que la Terre, foyer de l'humanité, constitue un tout marqué par l'interdépendance,Proclame ce qui suit :

Principe 7

Les Etats doivent coopérer dans un esprit de partenariat mondial en vue de conserver, de protéger et de rétablir la santé et l'intégrité de l'écosystème terrestre. Etant donné la diversité des rôles joués dans la dégradation de l'environnement mondial, les Etats ont des responsabilités communes mais différenciées. Les pays développés reconnaissent la responsabilité qui leur revient dans la recherche internationale du développement durable eu égard aux pressions que leurs sociétés exercent sur l'environnement mondial et aux technologies et ressources financières dont ils disposent.

Principe 8

Afin de parvenir à un développement durable et à une qualité de vie plus élevée pour tous les peuples, les Etats devraient réduire et éliminer les modes de production et de consommation non viables et promouvoir des politiques démographiques appropriées.

Principe 9

Les Etats devraient coopérer en vue d'accentuer le renforcement des capacités endogènes aux fins du développement durable en améliorant la compréhension scientifique par des échanges de connaissances scientifiques et technologiques et en facilitant la mise au point, l'adaptation, la diffusion et le transfert de techniques, y compris de techniques nouvelles et novatrices.

Principe 10

Il vaut mieux que les questions d'environnement soient traitées avec la participation de tous les citoyens concernés, au niveau qui convient. Au niveau national, chaque individu doit avoir dûment accès aux informations relatives à l'environnement que détiennent les autorités publiques, y compris des informations relatives aux substances et activités dangereuses dans la communauté, et avoir la possibilité de participer aux processus de prise de décisions. Les Etats doivent faciliter et encourager la sensibilisation et la participation du public en mettant les informations à la disposition de celui-ci. Un accès effectif à des actions judiciaires et administratives, y compris à des sanctions et réparations, doit être assuré.

Principe 11

Les Etats doivent promulguer des mesures législatives efficaces en matière d'environnement. Les normes écologiques et les objectifs et priorités de gestion de l'environnement devraient être fonction du contexte en matière d'environnement et de développement dans lequel ils s'appliquent. Les normes appliquées par certains pays peuvent ne pas convenir à d'autres pays, en particulier à des pays en développement, et leur imposer un coût économique et social injustifié.

A/CONF.151/PC/WG.III/L.33/Rev.1

Français

Page 2

Principe 1

Les êtres humains sont au centre des préoccupations relatives au développement durable. Ils ont droit à une vie saine et productive en harmonie avec la nature.

Principe 2

Conformément à la Charte des Nations Unies et aux principes du droit international, les Etats ont le droit souverain d'exploiter leurs propres ressources conformément à leurs propres politiques en matière d'environnement et de développement, et ils ont le devoir de veiller à ce que les activités qui relèvent de leur compétence ou de leur pouvoir ne portent pas atteinte à l'environnement d'autres Etats ou de zones situées au-delà des limites de leur juridiction nationale.

Principe 3

Le droit au développement doit être réalisé de façon à satisfaire équitablement les besoins relatifs au développement et à l'environnement des générations présentes et futures.

Principe 4

Pour parvenir à un développement durable, la protection de l'environnement doit constituer une partie intégrante du processus de développement et ne peut être considérée isolément.

Principe 5

Tous les Etats et tous les peuples doivent coopérer à la tâche essentielle de l'éradication de la pauvreté, qui constitue une condition indispensable du développement durable, afin de réduire les différences de niveaux de vie et de mieux répondre aux besoins de la majorité des peuples du monde.

Principe 6

La situation et les besoins particuliers des pays en développement, en particulier des pays les moins avancés et de ceux qui sont les plus vulnérables sur le plan de l'environnement, doivent se voir accorder une priorité spéciale. Les actions internationales entreprises en matière d'environnement et de développement devraient également prendre en considération les intérêts et les besoins de tous les pays.

Principe 12

Les Etats devraient coopérer pour promouvoir un système économique international ouvert et favorable propre à engendrer une croissance économique et un développement durable dans tous les pays et à permettre de mieux lutter contre des problèmes de dégradation de l'environnement. Les instruments d'intervention commerciale à des fins écologiques ne devraient pas constituer un moyen de discrimination arbitraire ou injustifiable ou une restriction déguisée aux échanges internationaux. Toute action unilatérale visant à résoudre les grands problèmes écologiques en dehors de la juridiction du pays importateur doit être évitée. Les mesures de lutte contre les problèmes écologiques transfrontières ou mondiaux devraient, autant que possible, être fondées sur un consensus international.

Principe 13

Les Etats doivent élaborer des lois nationales concernant la responsabilité pour les dommages causés par la pollution et autres dommages à l'environnement et pour l'indemnisation des victimes. Ils doivent également coopérer avec diligence et de manière plus résolue en vue d'élaborer de nouvelles mesures de droit international concernant la responsabilité et l'indemnisation en ce qui concerne les effets nocifs de dommages causés à l'environnement par des activités relevant de leur compétence ou de leur pouvoir dans des régions situées au-delà des limites de leur juridiction.

Principe 14

Les Etats devraient concerter efficacement leurs efforts pour décourager ou prévenir les déplacements et les transferts dans d'autres Etats de toutes activités et substances qui provoquent une sérieuse dégradation de l'environnement ou sont jugées nocives pour la santé de l'homme.

Principe 15

Pour protéger l'environnement, des mesures de précaution doivent être largement appliquées par les Etats selon leurs capacités. En cas de risque de dommages graves ou irréversibles, l'absence de certitude scientifique absolue ne doit pas servir de prétexte pour remettre à plus tard l'adoption de mesures effectives visant à prévenir la dégradation de l'environnement.

Principe 16

Les autorités nationales devraient s'efforcer de promouvoir l'internalisation des coûts de protection de l'environnement et l'utilisation d'instruments économiques, compte tenu de l'idée que c'est le pollueur qui doit, en principe, assumer le coût de la pollution, en ayant en vue l'intérêt du public et sans fausser le jeu du commerce international et de l'investissement.

Principe 17

Une étude d'impact sur l'environnement, en tant qu'instrument national, doit être entreprise dans le cas des activités envisagées qui risquent d'avoir des effets nocifs importants sur l'environnement et dépendent de la décision d'une autorité nationale compétente.

Principe 18

Les Etats doivent notifier immédiatement aux autres Etats toute catastrophe naturelle ou toute autre situation d'urgence qui risque d'avoir des effets néfastes imprévus sur l'environnement de ces derniers. La communauté internationale doit faire tout son possible pour aider les Etats sinistrés.

Principe 19

Les Etats doivent notifier suffisamment à l'avance les Etats pouvant être affectés et leur communiquer toutes informations pertinentes sur les activités qui peuvent avoir des effets transfrontières sérieusement négatifs sur l'environnement et mener des consultations avec ces Etats rapidement et en toute bonne foi.

Principe 20

Les femmes ont un rôle vital dans la gestion et la mise en valeur de l'environnement. Leur pleine participation est donc essentielle pour la réalisation d'un développement durable.

Principe 21

Il faut mobiliser la créativité, les idéaux et le courage des jeunes du monde entier afin de créer un partenariat mondial, de manière à assurer un développement durable et de garantir à chacun un avenir meilleur.

Principe 22

Les populations et communautés autochtones et les autres collectivités locales ont un rôle vital à jouer dans la gestion et le développement de l'environnement du fait de leurs connaissances du milieu et de leurs pratiques traditionnelles. Les Etats devraient reconnaître leur identité, leur culture et leurs intérêts, et leur accorder tout l'appui nécessaire, et leur permettre de participer efficacement à la réalisation d'un développement durable.

Principe 23

L'environnement et les ressources naturelles des peuples qui se trouvent en état d'oppression, de domination et d'occupation doivent être protégés.

A/CONF.151/PC/WG.III/L.33/Rev.1

Français

Page 6

Principe 24

La guerre exerce une action intrinsèquement destructrice sur le développement durable. Les Etats doivent donc respecter le droit international relatif à la protection de l'environnement en temps de conflit armé et participer à son développement, si nécessaire.

Principe 25

La paix, le développement et la protection de l'environnement sont interdépendants et indissociables.

Principe 26

Les Etats doivent résoudre pacifiquement tous leurs différends en matière d'environnement et par des moyens appropriés conformément à la Charte des Nations Unies.

Principe 27

Les Etats et les peuples doivent coopérer de bonne foi et dans un esprit de solidarité à l'application des principes consacrés dans la présente Déclaration et au développement du droit international de façon à réaliser un développement durable.



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
 DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Berne, le 18 mai 1992

Au Conseil fédéral

Beteiligung der Schweiz an der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), Rio de Janeiro, 3. - 14. Juni 1992

Co - Rapport

à la proposition du DFEP du 14 mai 1992.

Nous proposons de modifier la première phrase du Principe 15 de la manière suivante:
"Pour protéger l'environnement les états doivent, selon leurs capacités, prendre toutes les mesures commandées par l'expérience et par l'état de la science et de la technique".

Nous considérons que la notion de "précaution " n'est pas clairement définie et prête à confusion. On ne sait pas si c'est la prudence ou la prévention qui est exprimée.

La prudence est de mise lorsque la connaissance d'un risque et de ses conséquences n'est pas encore complète. Dans ce cas les mesures associées relèvent, elles aussi, de la prudence.

La prévention est de mise lorsque le risque est connu. Dans le domaine des sciences et des techniques elle s'exprime de la façon que nous proposons.

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ÉNERGIE


 Adolf Ogi



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Berne, le 20 mai 1992

947.3

Au Conseil fédéral

Participation de la Suisse à la Conférence des Nations Unies
sur l'environnement et le développement (CNUED), Rio de
Janeiro, 3-14 juin 1992

C o - r a p p o r t

à la proposition conjointe des DFAE, DFI et DFEP du 14 mai
1992

1. Aspects financiers

Nous sommes en principe d'accord avec l'approche financière de la proposition (cf. lettre C), dans la mesure où elle ne remet pas en question la coupure linéaire prévue dans le domaine de l'aide au développement et n'implique pas une augmentation de l'actuel plan financier.

Nous tenons toutefois à attirer l'attention du Conseil fédéral sur le fait qu'un engagement additionnel de l'importance envisagée (130 à 150 mio par an) ne permettra pas de s'accommoder à plus long terme d'une stabilisation des prestations d'aide au développement. En effet, comme il ressort de la proposition, sa mise en oeuvre correspondrait plus ou moins à la réalisation de l'objectif d'aide publique au développement (APD) de 0,40% du PNB d'ici à la fin de la décennie que le CF s'est fixé dans le plan de la législature 91-95. Or, cette réalisation impliquerait une croissance soutenue de l'ordre de 8% par an.

A défaut d'une nette amélioration des finances fédérales d'ici-là, celle-ci ne sera possible que grâce à des économies correspondantes dans d'autres secteurs.

2. Composition de la délégation

Proposition :

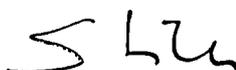
Réduction de six du nombre des membres de la délégation, à savoir : Office fédéral de l'agriculture (-2), Office fédéral des affaires économiques extérieures (-2) et Office fédéral de l'environnement (-2)

Motifs

La délégation proposée est de 30 membres, dont 26 en provenance de Suisse, auxquels s'ajoutent trois secrétaires et deux collaborateurs du Chef du DFI.

Malgré l'importance de cette conférence, il nous semble possible de réduire substantiellement cette délégation, ne serait-ce que pour des raisons d'économies.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES



O. Stich

Annexe mentionnée



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

3003 Bern, 19. Mai 1992

An den Bundesrat

Beteiligung der Schweiz an der UNO-Konferenz über Umwelt und
Entwicklung, Rio de Janeiro, 3.-14. Juni 1992

Stellungnahme

zum Mitbericht des EVED vom 18. Mai 1992 zum Antrag vom 14. Mai 1992

Wir sind mit der vom EVED vorgeschlagenen Instruktion zur Aenderung vom
Paragraph 15 des Entwurfs zur Erklärung von Rio nicht einverstanden.

Dieser Paragraph spricht ein Grundanliegen der Umweltpolitik an, nämlich
dass das Fehlen von absoluter wissenschaftlicher Sicherheit nicht als
Vorwand zur Verschiebung von Massnahmen dienen darf. Dass dieses
Grundanliegen international anerkannt ist, stellt eine der wesentlichen
Errungenschaften der Umweltbestrebungen der letzten Jahre dar.

Die Kurzformel dafür ist das englische Wort "Precaution" ("precautionary
principle", "precautionary measures"). Die deutsche Uebersetzung lautet
"Vorsorge". Als französische Uebersetzung dienen drei Ausdrücke, die als
gleichwertig gelten: "précaution", "prévention" (so im Umweltschutz-
gesetz) und "prudence".

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN


Flavio Cotti



DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

URKUNDET HIERMIT

dass er

folgende Damen und Herren als seine Delegierten an der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), die vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro stattfindet, bezeichnet hat:

Delegationschef:

Bundesrat Flavio C o t t i , Vorsteher des Eidg. Departements des Innern;

Stellvertreter des Delegationschefs:

Staatssekretär Franz B l a n k a r t , Direktor BAWI,
Botschafter Fritz S t a e h e l i n , Direktor DEH,
Philippe R o c h , Direktor BUWAL;

Delegierte:

Bruno B ö h l e n , wissenschaftl. Berater, ehem. Direktor
BUWAL,
Botschafter Nicolas I m b o d e n , Delegierter für Handels-
verträge, BAWI,
Jean-François G i o v a n n i n i , Stv. Direktor DEH
(Leitung der Verhandlungsdelegation, Finanzierung inkl.
Mechanismen),
Wilhelm S c h m i d , Vizedirektor BUWAL,
Botschafterin Catherine K r i e g , Botschaft Brasilia,
Generalkonsul Rudolf H i l b e r , Generalkonsulat Rio de
Janeiro,
Kurt K u n z , Botschaft Brasilia,
Jean-Pierre B a l l a m a n , Generalkonsulat Rio de Janeiro,
Claude-Georges D u c r e t , DIO (UNCED-Koordinator,
Institutionelles),
Christian H ä b e r l i , BAWI (internationale Wirtschaft,
Technologietransfer),

Stephan H u s y , DIO (Erklärung von Rio, Rechtsinstrumente und -mechanismen),

Olivier C h a v e , DEH (Armut, Konsummuster, Bevölkerungsdynamik),

Monika L i n n L o c h e r , BUWAL (Atmosphäre, Ozeane und Gewässer, Rechtsinstrumente),

Raymond C l é m e n ç o n , BUWAL (umweltrelevante Aspekte der internat. Wirtschaft, multilat. Umweltfonds),

Christian P a u l e t t o , BAWI (Atmosphäre, Normenharmonisierung),

Gabriela E i g e n s a t z , DIO,

Jacqueline J o r a y , Botschaft Brasilia,

Marco C a m e r o n i , EDA, Informationsverantwortlicher,

Anne B i c h s e l , Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas,

Christoph J u e n , Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein (Vorort); Vertreter Wirtschaft,

Bruno M e s s e r l i , Universität Bern; Vertreter Wissenschaft,

René L o n g e t , Vertreter Schweizerische Umweltorganisationen,

Michael K o h n , Energieexperte.

Der Delegationschef und seine Stellvertreter sind ermächtigt, die Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, die Agenda 21 und allfällige weitere Dokumente zu unterzeichnen.

Zur Bekräftigung dessen ist diese Urkunde ausgefertigt, unterzeichnet und mit dem bundesrätlichen Siegel versehen worden.

Bern, 20. Mai 1992

IM NAMEN DES SCHWEIZ. BUNDESRATES

Der Bundespräsident:

i.v. [Handwritten Signature]

Der Bundeskanzler:

[Handwritten Signature]



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a désigné les personnes suivantes en qualité de délégués de la Suisse à la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement (UNCED), qui aura lieu du 3 au 14 juin 1992 à Rio de Janeiro :

Chef de la délégation :

M. Flavio Cotti, Conseiller fédéral;

Suppléants du Chef de la délégation :

M. Franz Blankart, Secrétaire d'Etat, Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures,

M. Fritz Staehelin, Ambassadeur, Directeur de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire,

M. Philippe Roch, Directeur de l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage;

Délégués :

Mme. Catherine Krieg, Ambassadeur de Suisse au Brésil,

M. Nicolas Imboden, Ambassadeur, Délégué aux accords commerciaux,

M. Jean-François Giovannini, Directeur suppléant de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire,

M. Bruno Böhlen, Conseiller scientifique,

M. Wilhelm Schmid, Vice-directeur, Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage,

M. Rudolf Hilber, Consul général, Rio de Janeiro,

M. Marco Cameroni, Responsable de l'information,

M. Claude-Georges Ducret, Coordinateur UNCED,

M. Christian Häberli,

M. Stephan Husy, Collaborateur diplomatique,

M. Olivier Chave,

Mme. Pascale Morand Francis,

Mme. Monika Linn Locher,

M. Raymond Cléménçon,

M. Christian Pauletto,

M. Kurt Kunz,

M. Jean-Pierre Ballaman,

M. Gabriela Eigensatz,

Mme. Jacqueline Joray;

Conseillers :

Mme. Anne Bichsel,
M. Christoph Juen,
M. Bruno Messerli,
M. René Longet,
M. Michael Kohn.

Le Chef de la délégation, ou son suppléant, est autorisé à signer la Déclaration de Rio sur l'environnement et le développement, l'Agenda 21 ainsi que d'autres documents éventuels.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 20 mai 1992

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

le Vice-président de la Confédération :



le Chancelier de la Confédération :





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Berne, le 8 mai 1992

Au Conseil Fédéral

Note de discussion

Représentation du Conseil Fédéral et composition
de la délégation suisse à la Conférence des Nations
Unies sur l'Environnement et le Développement (CNUED),
Rio de Janeiro, 3-14 juin 1992

1. Organisation de la Conférence

La Conférence de Rio s'articule en trois parties :

- 1) Les 1er et 2 juin, auront lieu des consultations préalables destinées à parfaire les accords et recommandations discutés lors des conférences préparatoires dans le domaine de la procédure (désignation du bureau et des membres des commissions, du rapporteur; organisation des travaux). La Suisse est candidate à l'un des 39 postes de vice-président de la Conférence.
- 2) Du 3 au 12 juin, siégera la Conférence proprement dite; les organes suivants sont prévus, qui se réuniront parallèlement et simultanément :
 - Assemblée plénière (débat général jusqu'au 12 juin)
 - comité plénier, jusqu'au 10 juin. Ce comité soumettra ses recommandations à l'assemblée.
 - trois groupes de travail
 - éventuellement, groupes de travail ad hoc supplémentaires, en tant que de besoin.

La journée du 12 juin est exclusivement réservée aux déclarations de chefs d'Etat ou de gouvernement, étant entendu que ceux-ci peuvent prendre la parole en tout temps devant l'Assemblée plénière.

- 3) 13 et 14 juin : Conférence au sommet, sous la présidence de M. Collor, Président du Brésil, et selon un protocole qui sera mis au point et communiqué au début de la Conférence. Un nombre de places limité est réservé aux représentants d'Etats qui ne sont pas représentés par des chefs d'Etat ou de gouvernement proprement dit.

Les chefs d'Etat ou de gouvernement seront seuls invités à un déjeuner. Une réception, ouverte aux délégations, est prévue en soirée. La journée du 14 juin est réservée à la cérémonie de signature des Conventions, de la Déclaration de Rio et d'autres documents s'il y a lieu.

2. Représentation du Conseil fédéral

Dès lors qu'en l'absence du Président de la Confédération, aucun membre du Conseil Fédéral ne pourra se faire attribuer le rang de chef d'Etat ou de gouvernement, en raison du protocole très restrictif qui sera appliqué, la participation de la Suisse au sommet des 13 et 14 juin sera limitée. Par conséquent, il ne paraît pas nécessaire d'envoyer à Rio plus d'un membre du Conseil Fédéral. En l'occurrence et pour des raisons de compétence, la délégation suisse devrait être dirigée par M. Flavio Cotti, chef du Département de l'Intérieur, qui serait ainsi le seul membre du Conseil Fédéral à se rendre à Rio.

3. Représentation politique au niveau des hauts fonctionnaires

Le groupe de travail interdépartemental qui a mis au point la proposition au Conseil Fédéral propose de scinder la délégation en deux groupes : un groupe de hauts fonctionnaires, qui assisteraient à tout ou partie des débats en plénière, et un groupe de négociation, qui serait composé pour l'essentiel des fonctionnaires qui ont suivi les travaux préparatoires. Cette distinction est judicieuse. Il y a lieu cependant de limiter le nombre de représentants suisses, non seulement en raison des frais réellement encourus pour les voyages et séjours, mais aussi pour des raisons optiques et politiques si l'on tient compte du climat général d'austérité et de l'état des finances publiques. Ces considérations s'appliquent également aux deux groupes de fonctionnaires proposés et dont la liste figure en annexe A. La participation doit être fondée sur le critère de l'utilité réelle de la présence à Rio pour l'activité future de l'office représenté dans le contexte de l'environnement et du développement. L'apport de l'office à la détermination de la position suisse, ou sa participation antérieure et effective à la négociation constituent également des facteurs d'appréciation. Il s'agit, en dernier lieu, de projeter à la conférence une position commune et agréée, qui fera l'objet d'instructions formelles du Conseil Fédéral, en évitant tout éventuel esprit de concurrence entre offices.

Le Département des Affaires Etrangères - qui a coordonné les travaux préparatoires au sein de l'Administration fédérale - s'est imposé cette discipline et a limité sa participation à cinq personnes, dont une seule au groupe des hauts fonctionnaires, à savoir le Directeur de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, directement impliqué. (Son suppléant dirigera en fait le groupe de négociation.)

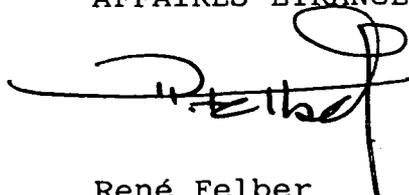
Il est souhaitable que les autres participants s'imposent un effort semblable, de manière à pouvoir réduire de trois à cinq personnes au minimum le nombre des délégués suisses. Le Département Fédéral de l'Intérieur a fait savoir qu'il pourrait renoncer à l'envoi d'un haut fonctionnaire et, le cas échéant, de deux unités prévues au titre du groupe des négociateurs. Le Département Fédéral de l'Economie Publique a de son côté indiqué l'unité qu'il pourrait retirer du groupe de négociation. La liste B tient compte de ces modifications. Un effort de réduction supplémentaire est nécessaire.

4. Représentation de cercles extérieurs à l'Administration fédérale

Le groupe de travail s'est en outre mis d'accord sur la présence au sein de la délégation

- d'un membre du Conseil d'Etat du Canton de Genève pour assurer la promotion de Genève comme siège des activités de suivi de la Conférence
- de trois membres d'organisations privées représentant respectivement l'économie privée (en l'occurrence, le Vorort), les organisations du domaine environnement et développement et les milieux scientifiques. Il s'agit là d'une pratique suivie par la plupart des pays industrialisés, en raison de la nature de la Conférence, de la participation active et de l'apport des catégories représentées, et de la nécessité d'associer l'opinion publique à la problématique qui sera débattue à la Conférence (voir annexe C).

DEPARTEMENT FEDERAL DES
AFFAIRES ETRANGERES



René Felber

3. Die Schweizer Delegation deckt sowohl die politischen wie auch die negotiatorischen Aufgaben ab. Sie ist entsprechend zusammengesetzt:

Politischer Teil (die nachfolgenden Personen sind zum grossen Teil nicht während der ganzen Konferenzdauer anwesend):

- Bundesrat Flavio Cotti, Delegationschef
- Staatssekretär Franz Blankart, Direktor BAWI, Stv. des Delegationschefs
- Botschafter Fritz Staehelin, Direktor DEH, Stv. des Delegationschefs
- Philippe Roch, Direktor BUWAL, Stv. des Delegationschefs
- * - Bruno Böhlen, wissenschaftl. Berater, ehem. Direktor BUWAL
- Botschafter Nicolas Imboden, Delegierter für Handelsverträge, BAWI
- Hans Popp, Stv. Direktor BLW
- Jean-François Giovannini, Stv. Direktor DEH (Leitung der Verhandlungsdelegation, Finanzierung inkl. Mechanismen)
- Wilhelm Schmid, Vizedirektor BUWAL

sowie aus Brasilien:

- Frau Botschafterin Catherine Krieg, Botschaft Brasilia
- Generalkonsul Rudolf Hilber, Generalkonsulat Rio de Janeiro
- Kurt Kunz, Botschaft Brasilia
- Jean-Pierre Ballaman, Generalkonsulat Rio de Janeiro

Zudem kann ein Staatsrat des Kantons Genf Einsitz in die Delegation nehmen, um dem Delegationschef bzw. seinen Stellvertretern in Fragen des "Genève internationale" zur Seite zu stehen.

Verhandlungsteil (die nachfolgenden Personen sind während der ganzen Konferenzdauer anwesend; die Zuweisung der Themenbereiche erfolgt ohne Präjudiz für die verwaltungsinternen Federführungen und kann vom Delegationschef oder vom Leiter der Verhandlungsdelegation abgeändert werden):

- Claude-Georges Ducret, DIO (UNCED-Koordinator, Institutionelles)
- Christian Häberli, BAWI (internationale Wirtschaft, Technologietransfer)
- Stephan Husy, DIO (Erklärung von Rio, Rechtsinstrumente und -mechanismen)
- Olivier Chave, DEH (Armut, Konsummuster, Bevölkerungsdynamik)
- Monika Linn Locher, BUWAL (Atmosphäre, Ozeane und Gewässer, Rechtsinstr.)
- * - Raymond Cléménçon, BUWAL (umweltrelevante Aspekte der internat. Wirtschaft, multilat. Umweltfonds)
- * - Pascale Morand Francis, BUWAL (Atmosphäre)
- Robert Lamb, BUWAL (Biodiversität, Biotechnologie, gefährl. Abfälle, giftige Chem.)
- Christian Pauletto, BAWI (Atmosphäre, Normenharmonisierung)
- Bernard Jaggy, BAWI (Biodiversität, Biotechnologie, gefährl. Abfälle, giftige Chem.)
- * - Igor Marincek, BLW (Landwirtschaft, Wüstenbildung, Wald)

Zur Unterstützung der Delegation in Organisations- und Sekretariatsbelangen sind folgende Personen aus Bern und Brasilia vorgesehen:

- Gabriela Eigensatz, DIO
- Claudia Bruttin, DIO
- Jacqueline Joray, Botschaft Brasilia

3. Die Schweizer Delegation deckt sowohl die politischen wie auch die negotiatorischen Aufgaben ab. Sie ist entsprechend zusammengesetzt:

Politischer Teil (die nachfolgenden Personen sind zum grossen Teil nicht während der ganzen Konferenzdauer anwesend):

- Bundesrat Flavio Cotti, Delegationschef
 - Staatssekretär Franz Blankart, Direktor BAWI, Stv. des Delegationschefs
 - Botschafter Fritz Staehelin, Direktor DEH, Stv. des Delegationschefs
 - Philippe Roch, Direktor BUWAL, Stv. des Delegationschefs

 - Botschafter Nicolas Imboden, Delegierter für Handelsverträge, BAWI
 - Hans Popp, Stv. Direktor BLW
 - Jean-François Giovannini, Stv. Direktor DEH (Leitung der Verhandlungsdelegation, Finanzierung inkl. Mechanismen)
 - Wilhelm Schmid, Vizedirektor BUWAL
- sowie aus Brasilien:
- Frau Botschafterin Catherine Krieg, Botschaft Brasilia
 - Generalkonsul Rudolf Hilber, Generalkonsulat Rio de Janeiro
 - Kurt Kunz, Botschaft Brasilia
 - Jean-Pierre Ballaman, Generalkonsulat Rio de Janeiro

Zudem kann ein Staatsrat des Kantons Genf Einsitz in die Delegation nehmen, um dem Delegationschef bzw. seinen Stellvertretern in Fragen des "Genève internationale" zur Seite zu stehen.

Verhandlungsteil (die nachfolgenden Personen sind während der ganzen Konferenzdauer anwesend; die Zuweisung der Themenbereiche erfolgt ohne Präjudiz für die verwaltungsinternen Federführungen und kann vom Delegationschef oder vom Leiter der Verhandlungsdelegation abgeändert werden):

- Claude-Georges Ducret, DIO (UNCED-Koordinator, Institutionelles)
- Christian Häberli, BAWI (internationale Wirtschaft, Technologietransfer)
- Stephan Husy, DIO (Erklärung von Rio, Rechtsinstrumente und -mechanismen)
- Olivier Chave, DEH (Armut, Konsummuster, Bevölkerungsdynamik)
- Monika Linn Locher, BUWAL (Atmosphäre, Ozeane und Gewässer, Rechtsinstr.)

- Robert Lamb, BUWAL (Biodiversität, Biotechnologie, gefährl. Abfälle, giftige Chem.)
- Christian Pauletto, BAWI (Atmosphäre, Normenharmonisierung)
- Bernard Jaggy, BAWI (Biodiversität, Biotechnologie, gefährl. Abfälle, giftige Chem.)

Zur Unterstützung der Delegation in Organisations- und Sekretariatsbelangen sind folgende Personen aus Bern und Brasilia vorgesehen:

- Gabriela Eigensatz, DIO
- Claudia Bruttin, DIO
- Jacqueline Joray, Botschaft Brasilia

4. Folgende Vertreter bzw. Vertreterin von Nichtregierungsorganisationen können in der Delegation Einsitz nehmen:

- Anne Bichsel, Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas
- Christoph Juen, Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein (Vorort)
- Prof. Bruno Messerli, Universität Bern

Diese Delegierten unterstehen der Instruktionsgewalt des Delegationschefs bzw. seiner Stellvertreter.